
Berliner Debatte

Initial

4

20. Jg. 2009

Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie neu gelesen

Llanque

Schumpeter und
der Sozialismus

Schaal

Grenzen der
Demokratiekonzeption

Land

Schumpeter und
der New Deal

Niesen,
Bentham

Heimfall statt
Besteuerung

Varga
Freyberg-Inan

Demokratie okay,
aber für alle?

Berliner Debatte Initial 20 (2009) 4

Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal

© GSFP – Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik mbH. Herausgegeben im Auftrag des Vereins Berliner Debatte INITIAL e.V., Präsident Peter Ruben. *Berliner Debatte Initial* erscheint viermal im Jahr.

Redaktion: Harald Bluhm, Ulrich Busch, Erhard Crome, Birgit Glock, Wolf-Dietrich Junghanns, Cathleen Kantner, Thomas Müller, Ingrid Oswald, Dag Tanneberg, Udo Tietz, Andreas Willisch, Rudolf Woderich

Lektorat: Gudrun Richter,

Produktion: Rainer Land

Redaktionelle Mitarbeit: Karsten Malowitz

Verantwortlicher Redakteur: Jan Wielgohs (Vi.S.P.)

Copyright für einzelne Beiträge ist bei der Redaktion zu erfragen.

E-Mail: redaktion@berlinerdebatte.de

Internet: www.berlinerdebatte.de

Preise: Ab 2009 Einzelheft 15 €, bis 2008: Einzelheft 10 €, Doppelheft 20 €
Einzelhefte werden per Post mit Rechnung verschickt.

Jahresabonnement: 2009: 39 €, Ausland zuzüglich Porto. Studenten, Rentner und Arbeitslose 22 €, Nachweis beilegen. Ermäßigte Abos bitte nur direkt bei *Berliner Debatte Initial* per Post oder per Fax bestellen.

Das Abonnement gilt für ein Jahr und verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Bestellungen Einzelhefte, Abos und pdf-Dateien per Mail an:

leidenschaften@berlinerdebatte.de

Tel.: +49-39931-54726, **Fax** ...-54727

Post: PF 58 02 54, 10412 Berlin

Autorenverzeichnis

Jeremy Bentham, * 1748, † 1832,
englischer Philosoph

Harald Bluhm, Prof. Dr.,
Politikwissenschaftler, Martin-Luther-
Universität Halle-Wittenberg

Ulrich Busch, Dr. oec. habil.,
Netzwerk Ostdeutschlandforschung,
TU Berlin

Annette Freyberg-Inan, Prof. Dr.,
Politikwissenschaftlerin,
Universität Amsterdam

Heike Guthoff, M.A.,
Philosophin, Promovendin an der FU Berlin

Raj Kollmorgen, Prof. Dr.,
Soziologe, Otto-von-Guericke-Universität
Magdeburg

Rainer Land, Dr. sc. oec.,
Philosoph und Wirtschaftswissenschaftler,
Thünen-Institut Bollewick

Jürgen Leibiger, Dr.,
Wirtschaftswissenschaftler, Dozent für Volks-
wirtschaftslehre, Dresden

Marcus Llanque, Prof. Dr.,
Politikwissenschaftler, Universität Augsburg

Christoph M. Michael, M.A.
Politikwissenschaftler, Martin-Luther-
Universität Halle-Wittenberg

Peter Niesen, Prof. Dr.,
Politikwissenschaftler, Institut für Politikwis-
senschaft, Technische Universität Darmstadt

Nils Otter, Prof. Dr.,
Wirtschaftswissenschaftler, Fachhochschule
Kärnten

Dieter Segert, Prof. Dr.,
Politikwissenschaftler, Universität Wien

Gary S. Schaal, Prof. Dr.,
Politikwissenschaftler, Helmut-Schmidt-
Universität Hamburg

Mihai Varga, M.A.,
Sozialwissenschaftler, Universität Amsterdam

Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie neu gelesen

– Zusammengestellt von Harald Bluhm –

Editorial	2	NEUNZEHNHUNDERT- NEUNUNDACHTZIG	
<i>KAPITALISMUS, SOZIALISMUS UND DEMOKRATIE NEU GELESEN</i>			
<i>Harald Bluhm</i> Ein Plädoyer für neue Lesarten	3	<i>Raj Kollmorgen</i> Umbruch ohne Revolution? Beitritt statt Transformation?	90
<i>Gary S. Schaal</i> Irrationale Rationalität und rationale Irrationalität. Die Grenzen der Demokratie- konzeption von Joseph Schumpeter	17	<i>Mihai Varga, Annette Freyberg-Inan</i> Demokratie okay, aber für alle? Demokratieunzufriedenheit und selektive Demokratie in Mittel- und Osteuropa	104
<i>Marcus Llanque</i> Schumpeters Politische Ökonomie und der Sozialismus	24	<i>Dieter Segert</i> Sozialer Wandel in Osteuropa nach 1989 und staatssozialistisches Erbe	120
<i>Christoph M. Michael</i> Joseph A. Schumpeter und die kreative (Selbst-)Zerstörung des Kapitalismus	31	BESPRECHUNGEN UND REZENSIONEN <i>Stefania Maffei:</i> Zwischen Wissenschaft und Politik. Transformationen der DDR-Philosophie 1945-1993 Rezensiert von <i>Heike Guthoff</i>	136
<i>Nils Otter</i> Schumpeters Diagnose zu Wandel und Krisen im Kapitalismus	41	<i>Klaus Müller:</i> Mikroökonomie. Eine praxisnahe, kritische und theoriegeschichtlich fundierte Einführung mit Aufgaben, Klausuren und Lösungen Rezensiert von <i>Jürgen Leibiger</i>	138
<i>Rainer Land</i> Schumpeter und der New Deal	49	<i>Hauke Janssen:</i> Nationalökonomie und Nationalsozialismus. Die deutsche Volkswirtschaftslehre in den dreißiger Jahren Rezensiert von <i>Ulrich Busch</i>	141

<i>Peter Niesen</i> Vom Nutzen der Toten für die Lebenden. Zu Jeremy Benthams Text	62		
<i>Jeremy Bentham</i> Staatseinnahmen ohne Belastung oder: Heimfall statt Besteuerung	70		

Editorial

Mit diesem Heft beschließen wir den 20. Jahrgang unserer Zeitschrift, der nicht zufällig in das Jubiläumsjahr des „Europäischen Herbstes“ gefallen ist. In gewisser Hinsicht ist auch *Berliner Debatte Initial* ein „Kind der Revolution“ von 1989. Besorgt ob der Ungewissheit über den Ausgang der Umbruchprozesse, aber vor allem motiviert durch das Erlebnis der Befreiung von Dogmatismus und parteistaatlicher Gängelung, übernahm im Frühjahr 1990 eine Gruppe von Sozialwissenschaftlern um den Ostberliner Philosophen Peter Ruben die Nachfolgezeitschrift der *Sowjetwissenschaft* vom Verlag Volk und Welt, um sie zu einem „Organ der sozialen Aufklärung“, einer „Tribüne für die geistigen Auseinandersetzungen“ um die Probleme der „kommenden gesellschaftlichen Entwicklung“ (Initial 4/1990, 442) zu machen. Eine unabhängige, eigenständig gestaltete Zeitschrift – das war für uns ostdeutsche Gesellschaftswissenschaftler fürwahr ein „revolutionäres Projekt“ und ein Erlebnis, das uns in den folgenden Jahren immer wieder dazu antrieb, uns neuen Herausforderungen zu stellen. Dies betrifft auch die Schwierigkeit, angesichts knapper Kassen der Hochschulen und Institute als multidisziplinäres Journal gegenüber der Vielzahl disziplinärer Fachzeitschriften zu bestehen. Dies wäre kaum möglich gewesen, hätte sich die Zeitschrift nicht von ihrem Gründungsimpuls emanzipiert, jüngere Redakteure und eine breite internationale Autorenschaft gewonnen und sich neuen Themen zugewandt.

Heute, 20 Jahre nach dem *annus mirabilis*, wird über den Charakter und das Erbe des Staatssozialismus wieder intensiv diskutiert. Die aktuelle Weltwirtschaftskrise hat das Verständnis des Kapitalismus stärker als je zuvor seit 1989 problematisiert, und Politikwissenschaftler fragen sich, ob und wie angesichts zunehmend transnationalen Regierens gehaltvolle Demokratie noch möglich ist – eine Perspektive, die vor 20 Jahren kaum denkbar

war. Es gibt wohl wenige Klassikerschriften, deren Aktualität vor diesem Hintergrund so ins Auge fallen würde, wie Schumpeters *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie* aus dem Jahr 1942. *Harald Bluhm* hat für dieses Heft Autoren gewonnen, die dafür plädieren, dieses Werk mit Bezug auf die genannten aktuellen Problemlagen neu zu lesen. Sein Artikel zum Themenschwerpunkt ordnet die Schrift ein, wirft Interpretationsprobleme auf und stellt die Beiträge vor.

Ein zweiter Block von Artikeln resümiert Resultate der Umbruchprozesse in Osteuropa. *Raj Kollmorgen* diskutiert den besonderen Charakter der Revolution in der DDR und die spezifische Logik der ostdeutschen Transformation. *Dieter Segert* argumentiert, dass vor dem Hintergrund der in der spätsozialistischen Ära geprägten Erwartungshaltungen der Bevölkerungen die dominierenden sozialen Tendenzen der letzten 20 Jahre ein brisantes, Demokratie gefährdendes Potenzial erzeugt haben. Dass sich dies schon heute aufbeunruhigende Weise zeigt, verdeutlichen *Mihai Varga* und *Annette Freyberg-Inan*. Sie untersuchen, wie sich unter dem wachsenden Einfluss rechtsextremer Strömungen in Osteuropa auch „Parteien der Mitte“ in einen Teufelskreis des Populismus begeben, der bei Aufrechterhaltung der formaldemokratischen Fassade die Grundlagen demokratischer Partizipation breiter Bevölkerungsgruppen systematisch unterminiert.

Schließlich setzen wir unsere vor längerem begonnene Tradition von deutschsprachigen Erstveröffentlichungen klassischer Texte fort. *Peter Niesen* präsentiert *Jeremy Benthams* Schrift „Staatseinnahmen ohne Belastung“ und stellt Bentham als politischen Theoretiker von hohem Rang vor, der weit mehr Aufmerksamkeit verdient als den hierzulande üblichen Verweis auf seine Schrift zum *Panopticon*.

Jan Wielgoths

Rainer Land

Schumpeter und der New Deal*

Drei Paradoxien

Schumpeter begründete in den 1940er Jahren Zweifel an der Zukunft des Kapitalismus. Gleichzeitig aber entstand vor seinen Augen, in den USA der späten 1930er und der 1940er Jahre, diese Zukunft (eine Zukunft auf Zeit, nicht auf ewig!) – und zwar mit dem New Deal. Schumpeter hatte eigentlich alle theoretischen Instrumente, sie zu erkennen. Aber er erkannte sie nicht. Er lehnte den New Deal ab. Er sah den Beginn des größten Investitionsbooms, des größten Produktivitäts- und Wachstumsschubs, den es jemals gegeben hatte, er sah eine Reihe von neuen einzelnen Tendenzen – etwa die Massenproduktion, die bis dahin nie da gewesene Rate der Lohnsteigerung und die vorher nie denkbar gewesene Einkommensumverteilung durch die Steuerpolitik des Staates, – aber er sah diese nicht als Elemente eines neuen sozio-ökonomischen Settings, das den Kapitalismus für wenigstens einen langen Zyklus (von 50 bis 60 Jahren) retten könnte, er sah nicht den Geburtsakt eines neuen Kapitalismustyps, sondern ein bedrohliches Szenarium des Niedergangs. Er hasste Roosevelt; aber subjektive Ablehnung hat Schumpeter im Prinzip (siehe seine Haltung zum Sozialismus) nicht daran gehindert, objektiv zu urteilen. Das im New Deal entstehende neue sozioökonomische Setting, das man im Sinne der Theorie von Schumpeter als Durchsetzung einer technischen, organisatorischen und sozialökonomischen *Basisinnovation* interpretieren könnte, als den Auftakt zur 4. Kondratjew-Welle in Schumpeters Zählung, hat er nicht erkannt. Schumpeter hat den New Deal mehr oder weniger als Fehlentwicklung

wahrgenommen, auch wenn er sein schon 1934¹ grundsätzlich ablehnendes Urteil in *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie* in etwas mildere Worte kleidete und pragmatische Gründe für diese Politik zugesteht (Schumpeter 1947 [2005]: 109, 515. Alle folgenden Verweise ohne explizite Angabe einer Quelle beziehen sich auf diese Literaturangabe).

Er ist zu früh gestorben, und er war in seinen letzten Lebensjahren verbittert. Es mag sein, dass dies Gründe dafür sind, dass er die Gelegenheit zur Bestätigung seiner Theorie und zur Revision seiner Prognosen zwischen 1945 und 1950 nicht erkannt hatte. Richtiger aber ist wohl, dass die Bedeutung des New Deal als der institutionellen Basis einer Transformation des Kapitalismus erst aus einer sehr viel späteren Perspektive erkannt werden konnte.

Aus heutiger Sicht kann man den New Deal als den Beginn der Transformation des *Kapitalismus der großindustriellen Expansion* (etwa 1890er bis 1930er Jahre) in einen *Teilhabekapitalismus* (1940er bis 1970er Jahre) betrachten. John Kenneth Galbraith (1908–2006), damals ein junger Mann, eine andere Generation, der Schumpeter gut kannte – es sieht so aus, als seien Galbraith und Schumpeter in Harvard sogar etwas befreundet gewesen (vgl. Galbraith 1995: 56), aber Galbraith wurde in den 1930er Jahren zum überzeugten „New Dealer“ und Keynesianer und leitete eine der mit der Administration des New Deal beauftragten Bundesbehörden, zudem gerade diejenige, die mit den staatlichen Preiskontrollen beauftragt war, sicher ein rotes Tuch für Schumpeter – Galbraith beschrieb in dem 1958 erschienenen Buch *Gesellschaft im Überfluss* sehr genau,

welche Komponenten das Wunder, eben die Gesellschaft im Überfluss, erzeugt haben: die Dynamisierung der Lohnentwicklung, die Einschränkung von (Einkommens-)Ungleichheit, die sozialen Sicherungen, die daraus folgende antizyklische Stabilisierung der aus Lohn- und Transfereinkommen gespeisten Verbrauchernachfrage, die aktive staatliche Investitionspolitik, die Kontrolle der Lohn-Preisspirale, nicht mittels Druck auf die Löhne über hohe Arbeitslosigkeit, sondern mittels staatlicher Preisaufsicht. Er sieht die Maßnahmen des New Deal als *pragmatische* Versuche einer unter dem Druck sozialer Unruhen stehenden Regierung, die die lange Depression der 1930er Jahre zu überwinden versuchte, um politisch zu überleben. Aber diese pragmatischen Experimente wurden in der Bündelung und mit der Durchsetzung über die Jahre mehr, nämlich eine grundsätzliche Revision des „herkömmlichen Konzepts“ (Galbraith 1959: 17ff.) der Wirtschaftswissenschaften und der Wirtschaftspolitik. Erst als die Grundrichtung schon etabliert war, kam Keynes, lieferte nachträglich die Theorie zu den bereits begonnenen Maßnahmen. Aber das war wichtig: Keynes' Theorie bestärkte die „New Dealer“ und vermittelte ihnen eine neue Wahrnehmung dessen, was sie taten. Mit Keynes wurde die grundsätzliche Bedeutung des New Deal bewusst. Galbraith: „Die notwendigen Gesetze wurden 1935 verabschiedet. Sie waren damit dem weltweit größten Angriff auf das orthodoxe ökonomische Denken [gemeint ist das Erscheinen von Keynes' *General Theory, R.L.*] (...) um ein Jahr voraus. Weder die Wirtschaftspolitik noch die Volkswirtschaftslehre würde jemals wieder die gleiche sein wie vorher. Niemand, der diesen Umschwung gesehen und erlebt hat, hat jemals dieses Leuchten vergessen. Wir haben der Schöpfung beigewohnt.“ „Ein Vertreter der Handelskammer (...) fand, dass ähnliche Maßnahmen den Niedergang des Römischen Reichs verursacht hätten. In Wahrheit aber dürfte es schwer fallen, eine Maßnahme zu nennen, die mehr dazu beigetragen hat, die Zukunft des Kapitalismus zu sichern.“ (Galbraith 1995: 116f.)

Galbraith sah bereits in den 1950er Jahren nicht nur die grundsätzlich neue Funktionswei-

se dieses transformierten Kapitalismus, dieser „Gesellschaft im Überfluss“, er sah auch schon einige der *Probleme*: die einseitige Ausrichtung der Konsumgesellschaft auf industriell produzierte Güter, die Vernachlässigung öffentlicher Güter, die problematische selbstreferenzielle Rückkopplung von Produktion und Bedürfnissen, von Angebot und Nachfrage, die daraus folgenden falschen Wohlfahrtsmaße, die Manipulation der Konsumenten, die Gefahren der Inflation, die Herrschaft des Großkapitals.

Schumpeter hatte die richtige Theorie, aber die aus dieser Theorie heraus durchaus fassbare Transformation des Kapitalismus in den 1930er bis 1950er Jahren erkannte er nicht. Soweit das *erste Paradoxon* von Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie.

Das *zweite Paradoxon* betrifft seine Prognose des Zerfalls des Kapitalismus in den Kapiteln 12 bis 14 von Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Verfolgt man seine Begründung, so ist die Argumentation schlüssig und eher noch vorsichtig. Trotzdem hat sich die Schlussfolgerung als faktisch falsch erwiesen. Der Kapitalismus ist nicht untergegangen, und es ist auch kein Arbeiterkapitalismus² daraus geworden, vom angenommenen „Sieg des Sozialismus“ ganz zu schweigen. Wie können eine gute Theorie und eine korrekte theoretische Ableitung zu einer Schlussfolgerung führen, die empirisch so daneben geht, zu einer derart unrichtigen Prognose? Das ist die zweite Paradoxie in Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie.

Meine Antwort auf diese Frage aber führt zum *dritten Paradoxon*. Der Fehler bestätigt m.E. nämlich die Richtigkeit des evolutorischen Konzepts. Schumpeters falsche Schlussfolgerung kann man als gutes Argument für die grundsätzliche Gültigkeit seines wissenschaftlichen Modells nehmen.

Schumpeter begründet seine These vom Niedergang des Kapitalismus mit seiner evolutorischen Theorie, nachdem er vorher alle Argumente, die aus nicht evolutorischen stationären „Wachstums“-Modellen folgen könnten (Monopol, Investitionssättigung, Konsumsättigung, Fall der Profitrate), als nicht schlüssig bzw. nicht hinreichend verworfen hat. Seine Kernthese ist der Verfall der Un-

ternehmerfunktion und damit die Erosion der *Evolutionsmaschine*, die in seiner Theorie aus drei Teilen besteht: a) den Innovationen und den Unternehmern, die sie implementieren, b) aus der Kreditemission und -demission in einem relativ verselbständigten Geldkapitalsystem, die die Implementation und Verbreitung dieser Innovationen, ebenso aber ihre Selektion vermitteln, und c) aus der Zyklizität bei der Durchsetzung von Innovationsschüben, die dadurch entsteht, dass Innovationen über Kreditgeldemission verbreitet und über Kreditdemission selektiert werden, sich also Expansion und „schöpferische Zerstörung“, Erzeugung bzw. Vernichtung von Geldkapital in den Prosperitäts- bzw. Rezessionsphasen abwechseln.

Schumpeters These vom Verfall des Kapitalismus gründet sich auf die Unterminierung der Unternehmerfunktion im Zuge der Entstehung von Großunternehmen, Massenproduktion und organisierter Forschung und Entwicklung durch angestellte Forscher und Manager, die nicht mehr mit eigenem Risiko agieren, keine *Unternehmer* sind. Ein „organisierter Kapitalismus“ kann nach Schumpeter die evolutorisch zu definierenden Bedingungen der Existenz des Kapitals – den endlosen Prozess von Innovationen, Investitionen, Geldkapitalschöpfung und Kapitalvernichtung – nicht aufrecht erhalten. Der Verfall der Evolutionsmaschine ist der letzte Grund für den prognostizierten Niedergang des Kapitalismus als Wirtschaftsweise und *Kulturform der Ungleichheit und des Familienvermögens* (vgl. S. 516).

Der Grund für Schumpeters Fehler ist eine Inkonsequenz bei der Benutzung seines eigenen Evolutionsmodells, die mit seiner konservativen Sicht auf die Gesellschaft seiner Zeit zusammenhängen mag. Hätte er seinen Ansatz weiter getrieben, sein Evolutionsprinzip auf die Evolutionsmaschine selbst angewendet, wären andere Schlussfolgerungen möglich gewesen. Dann hätte die Frage nämlich gelautet: Welche Transformationen der Unternehmerfunktion bzw. des Innovationsprozesses könnten durch sozioökonomische Evolution erfolgen? Und in welchem Maße kann der New Deal – verstanden nicht als Krisenkompensation, sondern als Auftakt eines sozioökonomischen Struktur-

und Verhaltenswandels (des Verhältnisses von Kapital und Arbeit und des Verhältnisses von Wirtschaft und Staat) – zu einer Transformation der Evolutionsmaschine selbst führen.

Da Schumpeter sehr wohl in der Lage war, *sozioökonomische Innovationen* als solche zu erkennen (z.B. in seiner Kritik an Hayek; dort wird die Entstehung der Gewerkschaften als notwendiges Evolutionsprodukt der Konkurrenz von Kapital und Arbeit begriffen, das die Regulation der Löhne, also die Funktionsweise eines wichtigen Teils der Evolutionsmaschine, verändert hat), sollte ihm eine solche Denkweise – also die *Evolution der Evolution* – nicht grundsätzlich fremd sein. Den New Deal aber konnte er so nicht sehen.

Die dritte Paradoxie lautet also: Eine konsequente Weiterführung der Schumpeter'schen evolutorischen Sozialökonomik, die Anwendung des Evolutionsprinzips auf den Evolution erzeugenden (institutionellen) Apparat selbst, würde zu anderen Schlussfolgerungen führen als denen, die Schumpeter in *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie* gezogen hat.

Sind Schumpeters Analysen aus den 1940er Jahren heute von Bedeutung – über den theoriegeschichtlichen Gehalt und die intellektuelle Freude am Nachvollzug und an der Auseinandersetzung hinaus? Aus meiner Sicht schon. Erstens ist seine evolutorische Theorie längst nicht fruchtbar gemacht für die heutigen Wirtschaftswissenschaften. Zweitens aber könnte es sein, dass es uns heute genauso geht wie Schumpeter von 70 Jahren: Vor unseren Augen beginnt eine neue Zeit, aber wir sehen sie nicht. Im Jahr 2008 lag der rechnerische Beginn des 5. Kondratjew – nach Schumpeters Zeitrechnung. Dies war zuweilen Anlass für Fragen danach, was dieser lange Zyklus wirtschaftlicher Entwicklung bringen könnte – eine neue industrielle Revolution, aber welche? Die Energiewende vielleicht? Eine dazu passende sozioökonomische Transformation, aber welche? Den Ökokapitalismus? (vgl. Land 2009a; 2009b)

Die paradoxe Antwort lautet: Das wäre denkbar; aber ob es auch wirklich wird, kann man nicht wissen. Evolutorische Modelle des sozioökonomischen Prozesses ermöglichen keine Prognosen – im Unterschied zu den

in der gängigen Wirtschaftswissenschaft dominanten Wachstumsmodellen, die im Kern stationäre Modelle sind, in denen sich einzelne Faktoren in ihrer Größe, nicht aber in ihrer Qualität ändern (Wachstum der Ressourcen, der Produktivität, technischer Fortschritt). Es handelt sich also um Veränderung von Größen in qualitativ gleich bleibenden Systemen. Solche Modelle ermöglichen Prognosen, haben aber den Nachteil, dass die Prognosen in der Regel falsch sind, weil die wirkliche Wirtschaft eben nicht nur einfach wächst, sondern evolviert. Handelt es sich hingegen um Evolution, also um Veränderung der Qualität, andere Produktionsmittel, andere Produkte, andere Produktionsfunktionen, dann erscheint dies auch in sich verändernden Größen, aber diese sind dann der abstrakte Ausdruck nicht prognostizierbarer qualitativer und struktureller Veränderungen der Produkte und Verfahren, des Verhaltens, der Bedürfnisse, der Kultur und der Sozialstruktur. Der Unterschied zwischen bloßem Wachstum und Entwicklung, die abstrakt wie Wachstum erscheint, ist eine der wichtigsten und in der Wirtschaftswissenschaft sträflich missachteten erkenntnistheoretischen und sachlichen Fragen. Wirtschaftsinstitute haben Modelle, die Prognosen ermöglichen. Die evolutorische Sozialökonomie hat wissenschaftliche Modelle, die der Realität besser entsprechen, mit denen sich begründen lässt, warum Prognosen über evolutorische Transformationen hinweg nicht möglich sind.

Schumpeter war der erste, der eine evolutorische sozioökonomische Sicht theoretisch ausgearbeitet hat, und unter dieser Voraussetzung sind auch seine Argumente in *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie* zu betrachten. Mir scheint es letztendlich nicht möglich, diese Argumente auf der Basis einer nicht evolutorischen Wirtschaftstheorie, sei sie neoklassisch oder keynesianisch, sachgerecht zu reproduzieren und voll zu verstehen.

Der Niedergang der Unternehmerfunktion

Schumpeter ging es in den 1940er Jahren, wie es uns heute geht: Vor seinen Augen entstanden

die institutionellen, sozioökonomischen und technologischen Elemente eines neuen, des 4. Kondratjew, des bis dahin größten Booms wirtschaftlicher Entwicklung „aller Zeiten“, der im Zweiten Weltkrieg begann und bis in die 1970er Jahre anhielt.

Schumpeter schrieb gerade in dieser Zeit *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie* – es sollte ursprünglich ein Buch über Sozialismus werden –, in dem er unter anderem auch verschiedene Thesen zum Niedergang des Kapitalismus prüfte. Die meisten Begründungen für den Untergang des Kapitalismus lehnte er ab, doch seine Prognose ist trotzdem negativ: Der Kapitalismus wird untergehen, weil die Voraussetzungen für seine Dynamik, die aus seiner Konstruktion als sozioökonomischer Evolutionsmaschine folgen, erodieren und letztendlich aufgehoben werden. Es gibt zwar keine zwingenden Gründe, den Niedergang aufgrund einer zurückgehenden Wachstumsrate anzunehmen; die Existenz von Monopolen lehnt er als Ursache für einen zwingenden Niedergang des Kapitalismus ebenfalls ab. Auch die Theorien schwindender Investitionschancen oder etwa das Marx'sche Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate oder das Keynes'sche Modell eines „Gleichgewichts ohne Wachstum und Investitionen“ – ganz gleich, für wie relevant man sie hält – können aus seiner Sicht für einen finalen Untergang des Kapitalismus nicht herangezogen werden.

Aber – so Schumpeter nun wörtlich – er werde „eine andere Theorie vortragen über das, was letzten Endes den Kapitalismus töten wird“ (S. 184). Für Schumpeter – das kann man inzwischen als bekannt unterstellen – ist es das Schwinden der Unternehmerfunktion, die den Niedergang des Kapitalismus zur Folge haben wird.

Dabei fasst er aber zwei Möglichkeiten ins Auge: Der Innovationsprozess selbst kommt zum Erliegen, damit würde der Fortschritt aufhören. Oder aber der Innovationsprozess wird „automatisiert“ – etwa in Großunternehmen mit bürokratisch arbeitenden Forschungs- und Entwicklungsabteilungen, Vermarktungsabteilungen, Werbeabteilungen, die aus dem ungewissen Innovationsgeschehen einen „planmäßig“ ablaufenden Prozess machen

würden. Im ersten Fall würde die Dynamik des Kapitalismus schwinden, im zweiten Fall würde eine bürokratisierte Wirtschaft, möglicherweise eine sozialistische, oder eben auch ein Arbeiterkapitalismus entstehen – es gäbe keine Unternehmer mehr, sondern nur noch „Angestellte“, die von einem riesigen bürokratischen Apparat verwaltet würden – oder eben sich selbst mittels dieses Apparates verwalten. „Wenn die kapitalistische *Entwicklung* – ‚der Fortschritt‘ – entweder aufhört oder vollständig automatisiert wird, wird sich die wirtschaftliche Grundlage der industriellen Bourgeoisie letzten Endes auf Gehälter reduzieren, wie sie für gewöhnliche Verwaltungsarbeit bezahlt werden – Überbleibsel von Quasirenten und monopoloiden Gewinnen ausgenommen, die vermutlich noch einige Zeit dahinvegetieren werden. Da die kapitalistische Unternehmung durch ihre eigensten Leistungen den Fortschritt zu automatisieren tendiert, so schließen wir daraus, dass sie sich selbst überflüssig zu machen – unter dem Druck ihrer eigenen Erfolge zusammenzubrechen tendiert.“ (S. 218) Dabei verliert die Bourgeoisie als Klasse nicht nur ihr Einkommen, sondern, „was unendlich viel wichtiger ist“, auch ihre Funktion (ebd.). „Die wahren Schrittmacher des Sozialismus waren nicht die Intellektuellen oder Agitatoren“ – dass es die Arbeiter mit ihrem Interesse an dem Erhalt der Arbeitsplätze und Einkommen in der kapitalistischen Produktionsmaschinerie nicht sein können, hat Schumpeter an anderer Stelle ausführlich dargelegt –, „sondern die Vanderbilts, Carnegies und Rockefellers“ (S. 218). Dies ist der Kern des Arguments, das dann nur noch ausgebaut wird durch sozialstrukturelle und kulturelle Elemente – etwa das Schwinden der um die Unternehmerklasse herum angesiedelten sozialen Gruppen und Milieus, die Zerstörung des institutionellen Rahmens, eine antikapitalistische Politik, die Auflösung der bürgerlichen Familie und die neuen, dem Kapitalismus feindseligen geistig-kulturellen Entwicklungen des 20. Jahrhunderts.

Man kann dies als eine weitgehend richtige Darstellung der Entwicklungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nehmen – gerade wenn man die Institutionalisierung und Bürokratisierung des Innovationsprozesses und die

Verwandlung der Unternehmer in eine Klasse von angestellten Bürokraten betrachtet, die ihre Stellung, nicht ihre Innovationskraft, benutzen, um Managergehälter zu kassieren, die häufig mit Leistung nichts zu tun haben, und die den Kapitalverwertungsprozess manipulieren, um politische Renten und Managergehälter durch Umverteilung statt durch Innovationsgewinne zu erzielen.

Trotzdem ist Schumpeters Diagnose und Prognose im Wesentlichen falsch. Denn die tatsächliche Entwicklung der 1950er bis 1970er Jahre lässt sich mit Schumpeters These nicht erklären. Weder kann man anhaltend stagnative Tendenzen konstatieren – im Gegenteil, es war die Zeit mit einem sehr hohen Wirtschaftswachstum über lange Zeit und parallel in sehr vielen Ländern – noch dominieren extensive Faktoren; es handelte sich nicht um ein Wirtschaftswachstum mit wenig Innovationen oder unbedeutenden Innovationen. Im Gegenteil, das Wirtschaftswachstum war vor allem durch Innovationen und dadurch induzierte Steigerung der Arbeitsproduktivität getragen. In der Nachkriegszeit von 1945 bis 1975 gab es einen gewaltigen Schub von Innovationen, angefangen von der fordistischen Massenproduktion und all den damit verbundenen Produkten, Verfahren und Organisationsformen der Betriebe und Unternehmen über die modernen Infrastruktur-, Verkehrs- und Siedlungssysteme bis hin zu den großen wissenschaftlich-technologischen Innovationen wie Kernkraft, Raumfahrt, Elektronik und elektronische Datenverarbeitung.

Schumpeters These vom Sieg des Sozialismus in dieser Zeit hat sich bekanntlich ebenso wenig bewahrheitet. Allerdings muss man dies einschränken. Angesichts einer Rückversicherung, die Schumpeter gemacht hat, ist es durchaus möglich, dass er noch recht bekommt – nämlich dann, wenn die derzeitige Weltwirtschaftskrise tatsächlich das Ende des Kapitalismus bedeuteten sollte. Schumpeter schrieb nämlich in dem in der deutschen Ausgabe nicht enthaltenen 5. Teil, dass der „enorme industrielle Erfolg“ der USA (die Diffusion „dieses Erfolgs“ nach Europa, Japan und später in weitere asiatische Länder hat Schumpeter kaum noch beobachtet) „unser Urteil über die

Chancen des Systems des Privatunternehmens beeinflusst – zumindest mit Blick auf eine kurze Distanz von ca. 50 Jahren“ (S. 382). Die 50 Jahre wären inzwischen um, den Sozialismus gibt es schon nicht mehr, den Kapitalismus immer noch, allerdings ist der nach einer langen Phase der Prosperität (1940er bis 1970er Jahre) seit 30 Jahren in einer Dauerdepression, derzeit noch zusätzlich in einer dramatisch ablaufenden Welt-Finanzkrise, von der man nicht weiß, wie groß die realwirtschaftlichen Wirkungen letztlich sein werden.

Schumpeters Darstellung der Erosion der Unternehmerfunktion und der Umwandlung von Unternehmern in Manager ist zweifellos treffend und in der Tendenz theoretisch auch zutreffend. Trotzdem sind seine Schlussfolgerungen – die Prognose einer Erosion kapitalistischer Entwicklung in der absehbaren Zukunft – empirisch falsch.

Der New Deal als Auftakt zu einer Transformation des Kapitalismus

Der New Deal war eine politische Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise 1929 und noch mehr auf die daran anschließende lange Depression, die in den USA erst 1938 zu Ende ging. Er war ein pragmatischer Ausbruchversuch, aber er hat nach und nach die Blockaden der Depression aufgebrochen. Mit welchen Maßnahmen versuchte die neue amerikanische Politik des New Deal aus der Krise zu kommen?

- Den Gewerkschaften wurde eine feste rechtliche Grundlage gegeben, ein formelles Streikrecht wurde eingeführt. Kinderarbeit wurde verboten. Eine staatliche Rente und eine Arbeitslosenversicherung wurden eingeführt, für Industriearbeiter Mindestlöhne festgesetzt. Die Lohnentwicklung wurde staatlich kontrolliert, vor allem, um fallende Löhne zu verhindern.
- Die Arbeitszeit wurde auf eine 40-Stunden-Woche verkürzt, ein freiwilliger Arbeitsdienst wurde organisiert, der für die Aufforstung und Bodenverbesserung eingesetzt wurde. Zur Wirtschaftsbelebung wurden im Rahmen eines staatlichen Investitionsprogramms u.a. 122.000 öffentliche Gebäude,

eine Mio. km Straßen, 77.000 Brücken und 20 Staudämme gebaut.

- Die landwirtschaftliche Produktion wurde reduziert, um den Farmern rentable Preise zu schaffen, es wurden Mindestpreise für Agrarprodukte festgelegt. Der New Deal beinhaltete zudem die staatliche Überwachung der Börsen, privater Gold- und Silberbesitz wurden verboten (von 1933 bis 1974). Ein Steuersystem mit niedrigen Sätzen für Arme und hohen Sätzen für Reiche wurde eingeführt. (Das ist nur eine Auswahl.)

Allerdings – und dies ist bemerkenswert und wichtig – wirkte der New Deal erst durch die Kombination mit dem bis dahin größten kreditfinanzierten Investitionsschub aller Zeiten – ausgelöst durch den Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg und die vorangegangenen Kriegsvorbereitungen. Denn infolge dieses Investitionsschubs boomten zunächst die Rüstungsindustrie und die Investitionsgüterindustrie und – man sollte es kaum glauben – am meisten die Konsumgüterindustrie. Denn die Arbeitskräfte wurden knapp, und unter den vom New Deal gesetzten institutionellen Voraussetzungen – zum Beispiel den neuen Konditionen für die Lohnverhandlungen, den Mindestlöhnen und sozialen Sicherungen – musste ein wachsender Arbeitskräftebedarf dazu führen, dass die Löhne in bis dahin ungeahnte Höhen stiegen. Und natürlich stiegen die Konsumausgaben entsprechend mit. Genau dies machte Schumpeter große Angst (Schumpeter 1943, Teil V: 387), er fürchtete um die Investitionen – grundlos, wie wir heute wissen.

Der Krieg führte in den USA nicht zu einer Politik des „Gürtel-enger-Schnallens“; im Gegenteil: Die USA versorgten auch noch Großbritannien und andere Verbündete, lieferten Rüstungs- und Investitionsgüter, Lebensmittel und Konsumgüter an die Sowjetunion und versorgten nach Kriegsende halb Europa wie nebenher mit. Genau dies war der Startpunkt eines neuen Kapitalismustyps, der die fördistische Massenproduktion von Konsumgütern mit der produktivitätsorientierten Lohnentwicklung und dem sozialen Wohlfahrtsstaat zu einem neuen Regulationsregime verband.

Dieser neue Weg einer progressiven sozialen

Veränderung der institutionellen Regulation des Kapitalismus (der Löhne, der Sicherungssysteme und der öffentlichen Investitionen sowie die Verknappung des Arbeitsangebots) musste im harten Kampf gegen die alten Interessen erzwungen werden. Roosevelt sagte am 31. Oktober 1936 in einer Rede im Madison Square Garden: „Wir kämpfen seit vier Jahren erbittert gegen die Feinde dieses Friedens. Wir kämpfen gegen die Hochfinanz und die Wirtschaftsbosse, die gewissenlosen Spekulanten, gegen die Klassenspaltung, den Partikularismus und gegen die Kriegspoliteure. Sie alle hatten sich daran gewöhnt, die amerikanische Regierung als Anhängsel ihrer Geschäfte zu betrachten. Wir wissen nun, vom organisierten Geld regiert zu werden, ist genauso gefährlich wie von der Mafia regiert zu werden. Jetzt hassen sie mich und ich begrüße ihren Hass. In meiner ersten Amtszeit haben die Kräfte des Egoismus und der Gier in mir einen gleichwertigen Gegner gefunden. In meiner zweiten Amtszeit werden sie in mir ihren Bezwinger finden“ (Roosevelt 1936).

Der wirtschaftliche Erfolg des New Deal, der sich erst einige Jahre später – etwa ab 1938 – einstellte, basierte auf der Kombination eines neuen technisch-ökonomischen mit einem neuen sozialökonomischen Modell. Das technisch-ökonomische Modell umfasste die fordistische Massenproduktion, die *economy of scale* und das dazugehörige Muster industrieller Forschung, Entwicklung, Produktion und Nutzung der Natur; das sozialökonomische die Teilhabe der Arbeiter an der wirtschaftlichen Entwicklung in Form steigender Einkommen, wachsenden Konsums und besserer sozialer Absicherung: die *produktivitätsorientierte Lohnpolitik* und der *Wohlfahrtsstaat*. Das ökonomische Regulativ war die Kopplung der Lohnentwicklung an die Produktivität und später auch der wichtigen Transfereinkommen und der Sozialleistungen an die Lohnentwicklung.

Dieser Typus wurde nach 1945 auf Deutschland und Japan übertragen, und er setzte sich in verschiedenen Varianten in allen entwickelten kapitalistischen Industriestaaten durch. Gerade die sozialstaatliche Komponente wurde in Europa, insbesondere in Skandinavien und in Deutschland, nach dem Zweiten Weltkrieg

noch wirksamer ausgestaltet, während in den USA ein Teil der begonnenen sozialen Regulationen des New Deal in den 1950er Jahren nicht weiter ausgebaut, einige sogar wieder eingeschränkt wurden. Das Wirtschaftswunder war immer zugleich ein Konsumwunder, das auch nach dem Krieg und bei erheblich geringeren Rüstungsausgaben weiter funktionierte. Die Entwicklung von Varianten dieses Typs in Skandinavien und Japan zeigt, dass Teilhabekapitalismus nicht notwendig auf eine Kriegs- und Rüstungswirtschaft angewiesen war (vgl. zu Schweden Galbraith 1995: 135f.).

Neuverfassung des Sozialen und Einstieg in einen neuen *Industrialisierungs- und Investitionszyklus* bedingten sich gegenseitig, die Formel lautete: Massenproduktion und Massenkonsum, Kapitalverwertung und Teilhabe der Lohnarbeit am wachsenden Reichtum. Man kann diese auf den Konsum und die Risikoabsicherung beschränkte Form der „Teilhabe“ spießig und borniert finden, und sie muss selbstverständlich aus heutiger Sicht kritisiert werden. Sie schloss gerade keine Mitbestimmung über die Entwicklungsrichtungen der Technik und Technologie, über die Arbeitsbedingungen, über die inhaltliche Gestaltung der Konsumwelten und keine umfassende Beteiligung an Bildung und Kultur ein, sie führte zur Manipulation der Konsumenten, war nicht mit einem inhaltlich reichen und neuen Verständnis von Demokratie und Individualität verbunden und beendete nicht die Benachteiligung der Frauen sowie andere Formen der sozialen, rassistischen, religiösen oder sexuellen Diskriminierung. Und sie war auf die entwickelten kapitalistischen Länder beschränkt, die damals nur wenig zur Überwindung der Unterentwicklung in der Dritten Welt beitrugen. Trotzdem war dies eine gewaltige kulturelle Revolution, denn sie beendete in den Ländern, in denen sie sich durchsetzte, die Disziplin des Hungers. Not und Elend waren nicht länger der Normalzustand für die Mehrheit der Lohnabhängigen.

Evolution als Kombination technischer und sozioökonomischer Innovationen – Zur Erweiterung von Schumpeters Modell

Die politische Konstellation der 1930er Jahre in den USA machte es möglich, dass sich zwei Prozesse verbanden: a) die Entwicklung der fordistischen Massenproduktion und b) der Kampf um eine Verbesserung der sozialen Lage der Lohnabhängigen, gerade in der Krise. Wichtig ist: Die Grundlage des neuen Zyklus war nicht nur eine *technische* Revolution. Die grundlegende Neuerung ist eine *Kombination* genau dieser technologischen mit genau jener sozioökonomischen Basisinnovation. Die Basisinnovation des Produktionssystems, die *fordistische Massenproduktion* (eingeschlossen Produkte, Verfahren, Organisationsformen und Konsumtionsweisen, nach deren Ausdifferenzierung also ein sehr großes und komplexes Bündel von Innovationen), kombinierte sich mit den institutionellen Veränderungen der Regulation des Verhältnisses von Kapital und Lohnarbeit, nämlich der *produktivitätsorientierten Lohnpolitik* einschließlich der Folgen, die dies für die sozialen Sicherungssysteme und die Dynamisierung der Sozialtransfers, die Regulierung der Arbeitsbedingungen, das Arbeitsrecht usw. usf. hatte. Nach Ausdifferenzierung wurde dies ebenfalls ein großes Bündel zusammenhängender sozioökonomischer Innovationen.

Beides geht nur in Kombination und konnte sich in den 1930er bis 1950er Jahren auch nur in Wechselwirkung entwickeln. Die Innovationspotenziale der Massenproduktion, dem nun zentralen Faktor der Produktivitätsgewinne, konnten nur genutzt werden, wenn die Nachfrage nach Massenprodukten dynamisch stieg. Mit der Produktivität steigende Masseneinkommen waren also die Bedingung für die Durchsetzung der Massenproduktion von Konsumgütern. Andererseits ist eine dynamisierte Lohnentwicklung nur möglich, wenn die damit realisierte Konsumtion überwiegend aus kostengünstigen Industrieprodukten besteht, also nicht aus einem traditionellen Sektor stammt, und wenn dieses Sortiment von Konsumgütern ständig qualitativ und quantitativ

zunimmt. Ohne Massenproduktion keine dynamisch steigenden Masseneinkommen. Dies hat Galbraith mit seinen Thesen zur doppelten Rückkopplung der Bedürfnisentwicklung an die Produktionsentwicklung und der Nachfrageentwicklung an die Entwicklung des Angebots ausgezeichnet dargestellt – und kritisiert (Galbraith 1959: 155ff.).

Das Erschließen dieses Felds technologischer Entwicklung ist an die Durchsetzung der sozioökonomischen Innovation, an die Transformation des *Kapitalismus der großindustriellen Expansion* (vom Aufschwung der 1890er Jahre bis in den Ersten Weltkrieg, Abschwung 1920 bis 1937, Erholung etwa ab 1938) in einen *TeilhabeKapitalismus* gebunden. Diese Transformation war nur möglich, weil und soweit sie Entwicklungsgrenzen des vorherigen Typs kapitalistischer Entwicklung überwand und die Blockaden der langen Depression löste. Der *TeilhabeKapitalismus* (ca. 1938 bis in die 1970er Jahre) kann aus dieser Sicht als Überwindung der Entwicklungsgrenzen des *Kapitalismus der großindustriellen (kolonialen und militärischen) Expansion* bzw. 1938) verstanden werden, also des *Kapitalismus*, den Hilferding, Hobson, Bucharin, Luxemburg und Lenin in ihren damaligen Schriften vor Augen hatten. Das von diesen Autoren gesehene Problem dieses *Kapitalismustyps* bestand darin, dass die Reproduktion des Kapitalverhältnisses eine stets steigende Akkumulation, also ständig neue innere oder äußere Felder für Investitionen benötigte, die nicht ohne Weiteres gegeben waren. Da die Löhne kaum stiegen – jedenfalls nicht im Maße der Produktivität (dafür fehlte damals ein gesellschaftliches Regularium, aber es war auch kulturell indiskutabel) –, konnte der produzierte Mehrwert nur in *zusätzliche* Maschinerie und *zusätzliche* Arbeit investiert werden. In der industriellen Revolution des 18. und frühen 19. Jahrhunderts mit den rasant steigenden Arbeiterzahlen war das kein Problem; doch nach dem Gründeraufschwung hatte der *Industriekapitalismus* bereits ein Produktivitätsniveau erreicht, das eine dominante extensive Reproduktion innerhalb einer einzelnen Volkswirtschaft ausschloss. In der Luxemburg'schen Fassung folgte daraus: Es war nicht mehr ohne Weiteres möglich, den

produzierten Mehrwert zu akkumulieren, nur durch *externe* Landnahme. Kolonialismus, Krieg und Rüstung waren die notwendigen Folgen dieses Reproduktionstyps. Nun aber schieden sich die Geister. Während Luxemburg eine zunehmende Krise des Kapitalismus und den schließlichen Zusammenbruch schlussfolgerte, hielten Lenin und Bucharin den Übergang zu einem rein intensiven Reproduktionstyp für möglich. Nur der theoretisch auch denkbare Ausweg, den nicht mehr akkumulierbaren Mehrwert in Form steigender Löhne aufzubrechen und den Absatz durch wachsenden Konsum der Arbeiter sicherzustellen, schien unter den Bedingungen einer kapitalistischen Ordnung ganz ausgeschlossen, weil es dem Sinn der Kapitalverwertung zu widersprechen schien. Selbst Keynes hielt eine durch steigende Löhne induzierte Nachfrageentwicklung zwar für notwendig, aber nur durch sozialpolitische Interventionen des Staates zu erreichen.

Die Grenzen des Kapitalismus vor der Weltwirtschaftskrise und -depression (1929–1938) bestanden in fehlenden Investitionsfeldern – die Industrialisierung war abgeschlossen, die weitere Entwicklung der Industrie erfolgte nicht mehr dominant extensiv (die Zahl der Arbeiter wuchs langsamer als die Produktion, weil die Produktivität schnell stieg), sondern zunehmend intensiv, die Expansion der Konsumtion scheiterte an den Grenzen einer hinter der Produktivität zurückbleibenden, also an den Reproduktionskosten der Arbeit (dem Marx'schen Wert der Ware Arbeitskraft) orientierten Lohnentwicklung. Der eine Ausweg schien die militärische Expansion, die Eroberung und die Eingliederung anderer Völker; bekanntlich der Weg, den Deutschland, Italien und Japan erprobten und an dem ihre Regime scheiterten.

Die andere mögliche Lösung war eine Transformation des Kapitalverhältnisses derart, dass die Löhne im Mittel entsprechend der Produktivität steigen, weil dann nämlich die Steigerung der Nachfrage genau der Steigerung der Produktion entsprechen würde, allerdings um den Preis einer nicht mehr steigenden, sondern um ein konstantes Niveau schwankenden Mehrwertrate im Sinne von Marx bzw. einer etwa gleichbleibenden bereinigten Lohnquote.

Die Effekte der Produktivitätsentwicklung würden zu gleichen Teilen der Vergrößerung des Kapitals wie der Steigerung der Lohneinkommen und der davon abhängigen Transfer-einkommen zufallen – eine Proportion, von der Schumpeter übrigens zeigte, dass sie in einer zentral verwalteten sozialistischen Wirtschaft ganz genauso eingestellt werden müsste.

Die theoretisch mögliche Überwindung der Evolutionsbarriere des Kapitalismus der großindustriellen Expansion (1890–1938) kollidierte natürlich zunächst mit der institutionellen, politischen und kulturellen Verfasstheit der gegebenen Gesellschaft, teilweise auch mit ihrer technischen Struktur, die eben auf die Produktion von Investitionsgütern zentriert war. Eine tiefe Krise und eine Politik der Experimente mit institutionellen Innovationen waren erforderlich, um auf diesen Pfad einschwenken zu können – und genau dies hat der New Deal geleistet. Dass Experimente nicht fehlerlos sein können, versteht sich von selbst.

Schumpeter und Keynes – unvereinbar?

Anders als Schumpeter glaubte, hat der New Deal der 1930er Jahre – wenn man ihn etwas komplexer und hinsichtlich der Wirkungen längerfristig betrachtet – die Erosion des Kapitalismus nicht verstärkt, sondern zu einem neuen Typ von Kapitalismus geführt, den ich Teilhabekapitalismus genannt habe. Dieser Kapitalismustyp hat gerade durch *Evolution* die von Schumpeter dargestellten Probleme des Kapitalismus der 1920er und 1930er Jahre auf eine Sicht von ca. 50 Jahren bewältigt – bevor das damit erschlossene Entwicklungspotenzial etwa in den 1970er bis 1980er Jahren wieder erschöpft war und die Reproduktion des Kapitalverhältnisses erneut in eine anhaltende Krise geriet, die nicht allein durch die Bereinigung von Disproportionen, nicht allein durch die Vernichtung überschüssigen Geldkapitals („Platzen von Blasen“) und auch nicht allein durch keynesianische Geld- oder Finanzpolitik überwunden werden kann, sondern die nach einer Transformation des institutionellen Settings der Kapitalverwertung, nach einem Pfadwechsel der industriellen und der

sozioökonomischen Entwicklung, also einem Strukturwandel der sogenannten Realwirtschaft verlangt.

Dabei kann eine keynesianische Ausgaben- und Investitionspolitik, die ja zunächst darauf gerichtet ist, Nachfrageausfälle durch zusätzliche Ausgaben des Staates (eigentlich ganz gleich, wofür) zu kompensieren, durchaus hilfreich sein. Zunächst schon, indem sie die Wirkungen der Krise mildert; noch mehr aber, wenn die Investitionen, die den Nachfrageausfall kompensieren sollen, zugleich den institutionellen und strukturellen Transformationsprozess unterstützen, der die realwirtschaftlich relevanten Entwicklungsschranken überwindet. Dies war im Zuge des New Deal geschehen, und dies könnte auch heute geschehen, wenn die weltweiten Konjunkturprogramme nicht nur Nachfrageausfälle kompensieren, sondern einen Pfadwechsel der industriellen Entwicklung einleiten.

Insofern muss man nicht auf einer Unvereinbarkeit eines Schumpeter'schen und eines Keynes'schen Standpunkts beharren. Sicher, aus der Sicht von Schumpeter geht es bei einer langwelligen Krise, also z.B. der Überlagerung der Kondratjew- und der Juglarrezession 1929 bis 1933, vor allem um einen *realwirtschaftlichen* Bereinigungsprozess. Die einzig wirklich populär gewordene Formel Schumpeters lautet: *schöpferische Zerstörung*. In der Kondratjewprosperität (1890er bis 1914) und der Juglarprosperität (1920er Jahre) hatten sich strukturelle Ungleichgewichte zwischen den alten und den neu entstandenen Industrien gebildet, zugleich war ein Berg von finanziellen Verbindlichkeiten aufgehäuft worden, der nun abgetragen werden musste. Es ging also um die Beseitigung überflüssig gewordener Betriebe und Arbeitspotenziale. Die Vernichtung von Geldkapital im Sinne der selektiven Bereinigung des im Zuge eines Evolutionszyklus geschaffenen Kreditvolumens war für Schumpeter eine notwendige Subfunktion eines Pfadwechsels der industriellen Produktion, nicht umgekehrt. Deshalb musste er Keynes ablehnen. Finanzkrisen sind durch Schumpeters Brille gesehen keine reinen Finanzkrisen.

Aus dieser Perspektive geht das Keynes'sche Modell der Erklärung einer Depression durch

Nachfragerückgang (Sparen, negative Rückkopplungen in der Einkommensentwicklung) am eigentlichen Problem vorbei. Der Nachfragerückgang ist bei Schumpeter die Folge eines durch Innovationen ausgelösten Strukturwandels, und er wird am Ende des Innovationsbooms wirksam, wenn neue Produkte massenhaft auf den Markt strömen, alte Produkte keine Nachfrage mehr finden und die Unternehmen beginnen, ihre Kredite zurückzuzahlen, die Demission von Kreditgeld also größer wird als die Emission. Wenn man nun durch „künstlich“ induzierte Nachfrage den Bereinigungsprozess behindert, u.a. den Untergang überflüssig gewordener Industrien verhindert, die deflationäre Preisbereinigung nicht zulässt, die Rückführung der in der Prosperität überhöhten Löhne beschränkt und die Vernichtung dysfunktional gewordener Geldvermögen durch die Abschreibung der nicht mehr einzubringenden Kredite abfedert, dann verlängert und vertieft man die Rezession zu einer Depression. Genau so sah Schumpeter den New Deal. Hinzu kam seine persönliche Abneigung gegen Roosevelt und sein Ärger über Keynes, dessen wissenschaftliches Modell er für schlechter hielt als sein eigenes, weil es kein evolutorischer Ansatz war. Natürlich war er auch sauer, dass Keynes ihm zweimal zuvorgekommen war, erst in der Geldtheorie und dann mit der *General Theory*, während er mit seinen Konjunkturzyklen wieder zu spät kam und die erhoffte Anerkennung ausblieb. Er musste das Gefühl haben, dass Keynes ihm jedes Mal zurief, „ich bin schon da“, dabei aber nur ein (im Vergleich zu Schumpeters eigenen Produkten) mieses Halbfabrikat präsentierte.

Sieht man eine keynesianische Politik nur als Mittel, einen aus allerdings systematischen Gründen ins Stocken geratenen Wachstumsprozess wieder in Gang zu bringen (der Motor springt wieder an, das Fahrzeug fährt dann auf der gleichen Straße weiter wie vorher), dann besteht Schumpeters Kritik zu Recht. Sieht man eine keynesianische Politik als Mittel einer institutionellen Transformation (also einer Evolution der Evolutionsmaschine selbst, d.h. der Art und Weise, wie Innovationen hervorgerufen, selektiert und rekombiniert werden), dann sieht die Sache anders aus. Genau dann

nämlich kann eine Strategie der Krisenbekämpfung genau die Probleme (auf mittlere Frist) lösen, die Schumpeter als Ursachen für den Niedergang des Kapitalismus angesehen hat. Die Transformation der Evolutionsmaschine, des Innovationsprozesses selbst, wird dann nämlich neben den Produkten, Technologien und Organisationsformen als weiterer Gegenstand von Evolution behandelt. Genau dies geht aber über ein bloß technisch-technologisches Verständnis von Innovationen und Unternehmerfunktionen hinaus und klärt, wie Gesellschaften und gesellschaftliche Akteure durch Innovationen die wirtschaftliche und soziale Evolution selbst, also das institutionelle Gefüge, die Verfahren, die Unternehmerfunktionen, die Mechanismen der Lohnbestimmung und der Preisfixierung, letztlich die Regulation als Selektion und Rekombination von technischen und sozioökonomischen Innovationen verändern.

Eine keynesianische Politik kann also (wie Schumpeter fürchtete) tatsächlich die Depression verschärfen, nämlich dann, wenn sie den erforderlich gewordenen Pfadwechsel verstellt, veraltete bzw. überflüssig gewordene Betriebe rettet, überflüssig gewordene Arbeitsplätze erhält, die Vernichtung von Geldkapital (Schulden wie Vermögen) verzögert und so den Druck auf eine Transformation des jeweils gegebenen historisch besonderen Systems der Kapitalverwertungsregulation nimmt. Sie kann aber auch diesen Transformationsprozess in Gang bringen, wenn sie die Nachfrageausfälle kompensiert, indem sie neue Entwicklungsrichtungen erschließt und die Transformation der Kapitalverwertung, die Evolution der Evolutionsmaschine in Gang hält. Man könnte sich vorstellen, dass alte Betriebe nicht gerettet, aber neue auf- und ausgebaut werden, überflüssig gewordene Arbeitsplätze nicht erhalten werden, aber neue Arbeitsplätze entstehen, und Geldvermögen eben nicht per se, sondern selektiv gerettet werden.

Allerdings: Ganz so einfach ist das nicht, denn zunächst einmal weiß niemand sicher, welches die schlechten alten und welches die guten neuen Entwicklungen sind – vor allem aber wird man politisch viel Zustimmung zur Rettung des Bestehenden, aber nur wenig zur

Durchsetzung des Neuen zulasten des Alten bekommen können. Wenn man unterstellt, dass der Weg aus der Krise, zumindest aus einer langwelligen Rezession bzw. Depression, nur *evolutionär* möglich ist, neue Innovationspotenziale, neue Selektionsrichtungen erfordert, also die Konstruktion eines neuen Entwicklungspfades und die Institutionalisierung seiner Bedingungen und Selektionskriterien, dann haben beide, Schumpeter wie Keynes, recht und unrecht zugleich. Es genügt nicht, bloß den Motor zum Anspringen zu bringen und auf derselben Straße weiter zu fahren, weil der Motor auf der alten Straße eben nicht mehr anspringen wird, solange die Bedingungen für ein qualitativ anderes, neues Reservoir von Innovationen nicht erzeugt wurden.

Aber es reicht auch nicht, auf die Bereinigung durch schöpferische Zerstörung überflüssig gewordener Industrien, überflüssig gewordener Arbeitskräfte und nicht rückzahlbarer Kredite bzw. der entsprechenden Geldvermögen zu setzen und zu denken, der anschließende Aufschwung komme dann automatisch. Wenn man wie Schumpeter meint, der folgende Zyklus sei nicht ein Weiterfahren auf der selben Straße, sondern ein Zyklus, der von anderen Basisinnovationen getragen wird, der andere Bedingungen, auch sozioökonomische, voraussetzt, dann muss auch klar werden, dass der Beginn eines neuen Zyklus nur durch die *Konstruktion* neuer Evolutionsbedingungen möglich wird, also im Ergebnis eines komplizierten *Suchprozesses*.

Anders gesagt: Der Weg aus der Krise ist nicht die Folge einer Bereinigung, sondern einer in der Krise vorangetriebenen *Suche* nach neuen Potenzialen und den institutionellen Bedingungen ihrer Erschließung. Die Evolution der Evolutionsmaschine kommt nicht von allein in Gang, sondern im Ergebnis sozialer und politischer *Auseinandersetzungen* und *Experimente* um die alten und die neuen Bedingungen. Das war Schumpeter durchaus nicht unbekannt, wenn man seine Rezension von Hayeks „Weg zur Knechtschaft“ (1987: 87) ansieht. Anders als Hayek sah Schumpeter die Gewerkschaften nicht als Störung eines idealen Wettbewerbs-Kapitalismus, sondern als Resultat sozialökonomischer Auseinander-

setzungen, als ein eigenes Evolutionsprodukt, die Erfindung einer Antwort auf das Problem der Krisen in der Regulation von Löhnen und Arbeitsbedingungen.

Wenn also der Weg aus der Krise durch die Konstruktion eines neuen evolutionarischen Settings zustande kommt, dann kann man eine keynesianische Politik der Krisenbekämpfung als Teil dieser Auseinandersetzung, als Teil des gesellschaftlichen Suchprozesses sehen, und es käme bei einer Bewertung eben darauf an, ob sie dazu beiträgt, Blockaden – durchaus im Sinne der von Schumpeter aufgezeigten Reproduktionsprobleme des Kapitalverhältnisses und der Unternehmerfunktion – zu überwinden oder nicht. Aus dieser Perspektive, wirtschaftliche Entwicklung als *Evolution der Evolution*, lassen sich die Positionen von Keynes und die von Schumpeter als vereinbar begreifen. Eine keynesianische Politik kann mehr, als bloß Krisenfolgen zu lindern, aber dann muss sie auf die Erschließung neuer Entwicklungspfade zielen. Genau dies ist jedoch der Grund, warum der New Deal letztendlich funktioniert hat – aber auch erst nach einer gewissen Zeit und in Folge experimenteller Suchprozesse. Umgekehrt kann eine Schumpeter'sche Strategie nicht bloß auf Bereinigung durch schöpferische Zerstörung setzen, sie muss Suchprozesse nach neuen Entwicklungspfaden aktiv in Gang bringen.

Anmerkungen

* Der Autor dankt Ulrich Hedtke für Diskussionen, Hinweise und Kritiken.

- 1 Schumpeter hat 1934 in *Depression – Can We Learn from the Past Experience?* zusammen mit sieben weiteren Autoren in *The Economics of Recovery Program* seinen wesentlichsten Beitrag zur Diskussion des New Deal geleistet. Der Kern der Schumpeter'schen Kritik: Die Politik kann nur die humane Lage der Betroffenen mildern, aber selbst nichts zur Erholung beitragen. Die Erholung wird nur echt sein, wenn sie nicht künstlichen Impulsen entsprungen ist. Geld- und kreditpolitische Maßnahmen helfen nicht, sie verschlimmern in der Regel nur, denn es geht immer um eine Reorganisation der Realwirtschaft, und die kann geldpolitisch gerade verzögert werden (Hinweis von Ulrich Hedtke). John Kenneth Galbraith zitiert Schumpeter so: „In sämtlichen Fällen kam die Erholung von selbst ... Unsere Analyse veranlasst uns zu der Annahme, dass die Erholung nur eine gesunde ist, wenn sie von selbst kommt. Denn eine Wiederbelebung, die lediglich künstlichen Stimulantien zu verdanken ist, lässt einen

Teil der den Depressionen obliegenden Aufgaben ungelöst und vermehrt einen unverdauten Rest von Störungen um eigene neue Störungen.“ Und Galbraith kommentiert: „Wären Krisen stets milde verlaufen, könnte der Begriff eines normalen Rhythmus, den man klugerweise nicht stören soll, eigentlich recht erfreulich sein. Aber mit der Zeit wurden die Krisen immer heftiger ... Der orthodoxe Begriff des Konjunkturzyklus bedeutete eine nie zur Ruhe kommende Angst, dass Armut der Normalzustand sein könnte, ein ständiges Wachsen der Überzeugung, dass die Klassenunterschiede unvermeidbar seien ... Aber er bedeutete eine noch viel weiter greifende Sorge, jener vergleichbar, die einen Hausvater befällt, dem man erklärt, er müsse im regulären Verlauf der Dinge damit rechnen, dass sein Haus zu brennen anfängt und sein Besitz ganz oder teilweise vernichtet wird. Das Feuer dürfe er aber weder verhüten noch bekämpfen, weil es eine ganz bestimmte Aufgabe habe. Und die Gründung einer Feuerwehr käme dem Versuch gleich, das Feuer mit Benzin löschen zu wollen“ (Galbraith 1959: 59).

- 2 Schumpeters Bemerkungen zum „Arbeiterkapitalismus“ (1947 [2005]. Anhang VI: 515) betreffen „das Ausmaß, bis zu dem die [ökonomische] Maschine dem Interesse der Arbeiterschaft dienstbar gemacht werden kann, ohne dass dies zum Stillstand der ökonomischen Maschine führt“. Es wird behauptet, so Schumpeter weiter, ein solcher Kapitalismus werde sich auf unbegrenzte Zeit behaupten können. „Das mag zutreffen, doch bedeutet es nicht die Widerlegung meiner These. (...) Die Diagnosen, die auf der Wahrscheinlichkeit des Fortbestehens dieses Arbeiterkapitalismus hinauslaufen, stützen sich stark auf die Extrapolation der gegenwärtigen erstaunlichen Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte. Ein solcher Schluss erscheint jedoch voreilig. Die Errungenschaften der Vergangenheit waren die Errungenschaften eines mehr oder weniger ungezügelt Kapitalismus. Es darf nun nicht ohne Weiteres angenommen werden, dass der Arbeiterkapitalismus auch fernerhin die gleiche Leistung erbringen wird“ (Vortrag, gehalten 1949, in: ebd.: 515f.).

Wir könnten ihn beruhigen. Wenn Schumpeter unter Arbeiterkapitalismus den US-Kapitalismus nach dem New Deal verstehen wollte und wenn Leistung das Tempo des technischen Fortschritts, der Veränderung der Produkte und Verfahren und die Wachstumsraten meint, dann ist die Leistung nicht zurückgegangen, sondern noch einmal deutlich gestiegen, vielleicht nicht wegen der „Teilhabe“ – aber sie hat die Produktivitätsentwicklung, das Wachstum und auch das Wachstum der Kapitalerträge nicht untergraben. Denn eine Lehre gegen die neoklassische Profittheorie kann man aus der Entwicklung der vergangenen 60 Jahre auch ziehen: Eine hohe Zuwachsrate der Produktivität bei stagnierendem Anteil der Profite am Volkseinkommen ist auch für die Unternehmen und ihre Gewinne allemal besser als ein steigender Anteil der Gewinne bei einem stagnierenden Gesamtertrag. Insofern hat der fordistische Teilhabekapitalismus zwar die Mehrwertrate nicht mehr erhöht, aber die Masse der Profite und vermutlich auch die Profitraten stiegen wie nie zuvor – wenn auch nicht auf Kosten, sondern im Gleichklang mit den Löhnen.

Literatur

- Galbraith, John Kenneth (1959): Gesellschaft im Überfluß. München, Zürich
- Galbraith, John Kenneth (1968): Die moderne Industriegesellschaft. München, Zürich
- Galbraith, John Kenneth (1995): Die Geschichte der Wirtschaft im 20. Jahrhundert. Hamburg
- Galbraith, John Kenneth (2009): Der große Crash 1929. München
- Howard, Dick (2008): Die amerikanische Demokratie nach Bush. In: *Berliner Debatte Initial* 19 (2008) 1/2, S. 115-119
- Howard, Dick (2009): Obamas Herausforderungen. Im Inland die Wirtschaft, für die Außenpolitik eine neue Strategie? In: *Die Kommune* 2/2009, S. 6-13
- Land, Rainer (2009a): Die globale Energiewende und die politische Agenda von Barack Obama. In: *Berliner Debatte Initial* 20 (2009) 2. S. 62-66
- Land, Rainer (2009b): Transformationen des Kapitalismus, Roosevelt und Obama. In: Theater der Zeit, Arbeitsbuch 18 (2009): Welten Wenden, S. 74-79
- Luxemburg, Rosa (1975): Die Akkumulation des Kapitals. In: Dies., Gesammelte Werke, Bd. 5. Berlin
- Roosevelt, F.D. (1936): Madison Square Garden Speech, <http://history.sandiego.edu/gen/text/us/fdr1936.html>, Übersetzung: Howard 2008 und eigene Übersetzung
- Schumpeter, Joseph A. (1934): Depression – Can We Learn from the Past Experience? In: The Economics of Recovery Program, 3-21, wiederveröff. in: *Essays of J. A. Schumpeter*, ed. by R. V. Clemence, Cambridge 1951
- Schumpeter, Joseph A. (1943): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Teil V, zit. nach der *Arbeitsübersetzung von Marc und Ulrich Hedtke 1996*. Die Seitenzählung entspricht den englischen Ausgaben seit der 2. Aufl. von 1946
- Schumpeter, Joseph A. (1947): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 1. Aufl. 1947, zit. nach der 8. Aufl., Tübingen 2005
- Schumpeter, Joseph A. (1961): Konjunkturzyklen, 2 Bde., Göttingen 1961
- Schumpeter, Joseph A. (1965): Geschichte der ökonomischen Analyse, Bd. II, zit. nach Göttingen 2007
- Schumpeter, Joseph A. (1987): Beiträge zur Sozialökonomik. Wien
- Swedberg, Richard (1994): Joseph A. Schumpeter. Eine Biographie. Stuttgart

Ausdrucken oder kopieren, ausfüllen, falten und als Postkarte abschicken!

Berliner Debatte Initial Bestellung:

Ich bestelle ein Abonnement der Berliner Debatte INITIAL ab Heft

- Das Abonnement soll für ein Jahr befristet werden.
- Das Abonnement soll gelten, bis ich es abbestelle. Abbestellung jederzeit.
- Abonnement 39 Euro (Ausland zuzüglich 6 Euro Porto).
- Ermäßigt 22 Euro (Studenten, Rentner, Arbeitslose, Wehr- und Zivildienstleistende)
Nachweis bitte beilegen.

Vorname, Name:

Straße, Nr.:

Postleitzahl:

Ort:

Telefon:

Ich wünsche folgende Zahlungsweise:

- Jahresrechnung
- Bargeldlos: halbjährliche Abbuchung. Bankinstitut:
Konto-Nr.: Bankleitzahl:

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen (Poststempel) bei der Bestell-
adresse schriftlich widerrufen kann.

Datum:

Unterschrift:

Name:

Straße und Nr.

PLZ, Ort:

Abonnement erworben von:

Antwortkarte

Bitte
frankieren

Berliner Debatte
Initial

PF 58 02 54

10412 Berlin

www.berlinerdebatte.de

Bestellungen: leidenschaften@berlinerdebatte.de